

**HEYNE <**

## *Das Buch*

Was seit Jahren in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien passiert, ist erst der Anfang. Auch Deutschland und anderen europäischen Staaten soll es so ergehen: Durch drastische Sparprogramme werden die Löhne gesenkt, Einschnitte in die Sozial-, Gesundheits- und Bildungssysteme durchgesetzt, die Arbeitnehmerrechte reduziert und der Verkauf öffentlichen Eigentums vorangetrieben. Unter dem Vorwand der Krisenbewältigung geht es um die gnadenlose Durchsetzung einer marktfundamentalen Politik, um einen kalten Putsch gegen die europäische Zivilgesellschaft. Doch wer steckt dahinter? Eine mächtige Elite aus Wirtschaft und Politik, deren Ziel die Durchsetzung langfristiger wirtschaftsfreundlicher Strategien und die Entmachtung des Staates ist. Jürgen Roth nennt die Putschisten und ihre Helfershelfer beim Namen, er deckt auf, wie sie über das Schicksal Europas entscheiden, und zeigt, warum wir uns nicht länger belügen und täuschen lassen dürfen – ein brisantes Enthüllungsbuch.

## *Der Autor*

Jürgen Roth, geboren 1945, ist einer der bekanntesten investigativen Journalisten in Deutschland. Seit 1971 veröffentlicht er brisante TV-Dokumentationen und aufsehenerregende Bücher über Politik, Korruption und Kriminalität. Zuletzt erschienen von ihm »Der tiefe Staat«, »Gazprom – Das unheimliche Imperium« und »Gangsterwirtschaft«, die allesamt Bestseller sind.

JÜRGEN  
ROTH

DER STILLE  
PUTSCH

Wie eine geheime Elite  
aus Wirtschaft und Politik sich Europa  
und unser Land unter den Nagel reißt

WILHELM HEYNE VERLAG  
MÜNCHEN

Die Verlagsgruppe Random House weist ausdrücklich darauf hin, dass im Text enthaltene externe Links vom Verlag nur bis zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung eingesehen werden konnten. Auf spätere Veränderungen hat der Verlag keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlags für externe Links ist stets ausgeschlossen.



Verlagsgruppe Random House FSC® N001967

Taschenbucherstausgabe 06/2016  
Copyright © 2016 by Wilhelm Heyne Verlag, München,  
in der Verlagsgruppe Random House GmbH,  
Neumarkter Straße 28, 81673 München  
Redaktion: Andrea Kunstmann, München  
Umschlaggestaltung: Hauptmann &  
Kompanie Werbeagentur, Zürich  
Satz: Satzwerk Huber, Germering  
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck  
Printed in Germany 2016

ISBN 978-3-453-60389-9

[www.heyne.de](http://www.heyne.de)

# INHALT

Vorwort	
Warum Europas Blüenträume welken . . . . .	9

## DER STILLE PUTSCH

Wen repräsentiert die Troika? Die Putschisten . . . . .	27
Ein Blick hinter die Kulissen: die bisherige Erfolgsbilanz der Putschisten . . . . .	30
Der Putsch und die Folgen . . . . .	37

## DIE AKTEURE

Einblicke in die geheime Elite aus Wirtschaft und Politik. . . . .	43
Die Intimität eines Netzwerks: die Baden-Badener Unternehmer Gespräche . . . . .	47
Bilderberg: Macht oder Ohnmacht der Eliten. . . . .	49
Nicht nur in den Korridoren der Macht: die Runden Tische. . . . .	56
Wer versteckt sich hinter dem <i>Entrepreneurs'</i> <i>Roundtable?</i> . . . . .	57
Die Bankenmacht im Eliteklub . . . . .	62
Wo nicht nur ein Ex-Bundesbankpräsident aktiv ist: Kleptokratie Angola. . . . .	69

Die Einflüsterer des <i>Entrepreneurs' Roundtable</i> . . . . .	73
Die unheimliche Medienmacht des <i>Entrepreneurs' Roundtable</i> . . . . .	74
Die Infiltration von McKinsey . . . . .	76
Deutschlands Eliten ganz unter sich. . . . .	79
Der <i>European Round Table of Industrialists</i> : die europäische Elite und einige ihrer Geheimnisse..	85
Wie wird man Topmanager und Führungsmitglied des ERT – ein Fallbeispiel . . . . .	94
Die Milliardenmacht der Banken in Brüssel . . . . .	103
Der Helfershelfer, den sie riefen: der Italiener Mario Draghi . . . . .	108
Das System der Loge oder der Beginn einer neuen Republik? . . . . .	115
Weder saubere Hände noch saubere Geschäfte . . . . .	119
Der Fall Griechenland und Mario Draghi. . . . .	124

## DIE OPFER

Eine Woche in Athen oder das Abbild unserer eigenen Zukunft . . . . .	129
Die Wut der Ohnmächtigen . . . . .	132
Diskussion unter Journalisten über einen Oppositionsführer . . . . .	135
Einblicke in die griechische Presse- und Meinungsfreiheit . . . . .	138
Was ist das eigentlich für eine Demokratie? . . . . .	141
Ein zerstörtes Gesundheitssystem und ein gestörter rechtsradikaler Gesundheitsminister . . . . .	145
Hass gegen das Fremde – der Zerfall demokratischer Gesellschaften. . . . .	150
Sieht so unsere Zukunft aus? . . . . .	159

## DIE PROFITEURE

Über ein Leben ohne Skrupel und gesellschaftliche Verantwortung .....	165
Das Feuer der griechischen Neonazis und die Kultur der Intoleranz .....	172

## DIE HOFFNUNGEN

Die Geschichte der vertrockneten roten Nelken. ....	183
Die Verdrängung der Geschichte oder warum die deutsche Elite so unbeliebt ist .....	184
Von der Diktatur in die Freiheit und dann zur Troika: Portugals Nelkenrevolution .....	191
Grândola – ein Volk befreit sich .....	194
Das Ende des Traumes von Freiheit und Gerechtigkeit. ....	197
Sozialdemokraten aus Deutschland und der Weg zurück .....	200
Die wahren Herrscher in Portugal – gestützt von der Troika .....	204
Das promiskuitive Verhältnis zwischen Banken und Politikern und das Geld der Steuerzahler. ....	208
Über die Wut, die Melancholie und die Ohnmacht .....	212

## METHODEN UND STRATEGIEN

Das schwarze Loch der Public-Private-Partnerships ...	223
Die Korruption der Rüstungsindustrie am Beispiel Portugal .....	225
Das griechische Drama der systemimmanenten Korruption .....	229

Die Waffenindustrie – Deutschlands Erfolge in Griechenland .....	231
Der Fall Siemens – Deutschlands Beitrag zur Schuldenkrise .....	236
Sokratis Kokkalis – der griechische Milliardär, der die DDR gut kannte .....	244

## DIE BILANZ

Der große Räumungsverkauf – staatliche Einrichtungen zum Schleuderpreis .....	247
Die deutsche Treuhand als Vorbild für das Privatisierungsdiktat der Troika? .....	249
Europa rüstet auf – gegen die Bürger .....	258

## DER WIDERSTAND

Wasser für alle – oder Profite für wenige .....	266
Gold für die Investoren – Gift für die Bürger .....	270
Über Macht und Ohnmacht in einer Bankenmetropole .....	280

Schlussbemerkung .....	285
------------------------	-----

Dank .....	293
Anmerkungen .....	295
Namensregister .....	319

# VORWORT

## Warum Europas Blümenträume welken

Nein, es ist kein Märchen. Es gibt sie tatsächlich, die Grundrechtecharta der Europäischen Union. In ihrer Präambel haben die Mitgliedsstaaten ausdrücklich erklärt, dass die Europäische Union sich »gründet (...) auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität«. Und sie beruht auf den »Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit«.<sup>1</sup>

Glücklich wären wir Bürger in Europa, wenn wenigstens ein Teil davon in die politische und gesellschaftliche Praxis umgesetzt worden wäre. Von wegen universelle Werte der Würde des Menschen. Darauf hofften jene Menschen, die Schutz vor politischer Verfolgung und quälendem Hunger in Europa suchten, vergeblich. In den letzten Jahren starben bei ihrer Flucht aus Afrika allein im Mittelmeer mindestens 20.000 Babys, Kinder, Frauen und Männer. Wie hoch die Zahl jener Flüchtlinge ist, die auf dem Weg nach Europa zuvor schon erstickt, erfroren oder verhungert sind, ist nicht einmal ansatzweise bekannt.

Von wegen Freiheit, Gleichheit und Solidarität: Laut einem Bericht des Internationalen Roten Kreuzes müssen 43 Millio-

nen Europäer hungern, 120 Millionen Europäer sind armutsgefährdet.<sup>2</sup>

Was ist die Addition von *Freiheit, Gleichheit, Solidarität*? Es ist Gerechtigkeit. Und schon der römische Philosoph und Kirchenlehrer Augustinus (\*354 n. Chr.) verkündete: »Wo die Gerechtigkeit fehlt – was sind die Staaten dann anderes als große Räuberbanden.«<sup>3</sup> In unserer Zeit sind jedoch nicht »die Staaten« die großen »Räuberbanden« – wie es neoliberale Ideologen ständig proklamieren. Im 21. Jahrhundert verstehen die Bürger unter den Räuberbanden eher bestimmte Regierende in Europa und (selbst wenn das furchtbar abgedroschen und einfältig klingt) ihre Amigos in den internationalen Konzernen, den Banken, in der parasitären Finanzindustrie. Und damit liegen sie, leider, nicht falsch.

Denn diesen Räuberbanden gelang in den letzten Jahren ein bewundernswerter Coup. Sie setzten unter dem Vorwand notwendiger Reformen ein wirtschaftliches und soziales Ordnungssystem bereits in mehreren europäischen Ländern durch, das eine aufgeklärte demokratische Zivilgesellschaft nicht kampflos hinnehmen würde. Und diese »Reformen« sollen auch in Deutschland durchgesetzt werden. Deshalb wählten sie das klassische Instrument für einen Systemwechsel: den Putsch. Im Windschatten der öffentlichen Wahrnehmung vernetzte sich eine globale Elite mit ihrer geballten politischen und wirtschaftlichen Macht. Bei diesem stillen Putsch geht es um nicht weniger als die Machterhaltung, Besitzstandswahrung und Vermögensvermehrung eben dieser globalen Elite. Sie hat sich in ihrem eigenen Universum eingerichtet, das mit allen Mitteln verteidigt werden muss. Die Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme ist eine der Voraussetzungen, um das zu erreichen. Dabei gibt es eine Europäische Sozialcharta, deren Existenz wohl wissentlich verschwiegen wird. Sie wurde 1961 in Turin mit großem

Brimborium verabschiedet und von 43 Staaten des Europarats unterzeichnet, darunter Deutschland. Die Charta beinhaltet 19 Grundrechte, unter anderem das Recht auf gerechte, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, das Recht auf ein gerechtes Arbeitsentgelt, das den Arbeitnehmern und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht, das Recht auf soziale Sicherheit und auf gesetzlichen wirtschaftlichen und sozialen Schutz der Familie. Auch das Recht auf erschwinglichen Wohnraum, kostenlose Schulbildung und ein Verbot der Zwangsarbeit sind in der Charta enthalten.<sup>4</sup> Doch sie ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht. Die europäischen Regierungen verletzen ständig diese Charta, in Zeiten der Krise noch mehr als zuvor, ohne dass es irgendwelche Konsequenzen hätte. Und keiner regt sich darüber auf.

Wie bei jedem Putsch werden die Menschenrechte, das Fundament europäischer Werte, bedeutungslos. Vollkommen verschlafen haben die bundesdeutschen Medien (was die politische Elite in Berlin und Brüssel sicher beglückte) die wissenschaftliche Studie *Schutz der Menschenrechte in Zeiten wirtschaftlicher Krise*. Nils Muižnieks, der Menschenrechtskommissar des Europarats, veröffentlichte sie Anfang Dezember 2013. Die Bilanz ist erschreckend eindeutig: »Die Regierungen, die in Europa die Sparmaßnahmen durchsetzen, vergessen dabei ihre Verpflichtung, die Menschenrechte zu wahren, insbesondere die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Verwundbarsten, die Notwendigkeit, den Zugang zur Justiz zu gewährleisten und das Recht auf Gleichbehandlung«, klagt Nils Muižnieks.<sup>5</sup> »Immer mehr Kinder verlassen die Schule, um Arbeit zu finden und ihre Familie zu unterstützen. Sie riskieren dabei lebenslange Folgen für ihren Bildungserfolg. Dies verschärft die Situation im Hinblick auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse und führt zu Kinderarbeit oder sogar ihrer Ausbeutung.«<sup>6</sup>

Dafür ist es den Putschisten in den südeuropäischen Ländern bereits gelungen, sogar die demokratischen Institutionen auszuhebeln. Und was verschwiegen wird – der Putsch kostete schon Tausenden Menschen unter anderem wegen rigider Kürzungen im Gesundheitssystem das Leben.

Auf den ersten Blick mag es abwegig scheinen, hier von der zeitgenössischen Form eines Coup d'Etat, einem gut geplanten, stillen Putsch zu sprechen. Doch was ist denn das, was da in Griechenland, Zypern, Portugal, Italien oder Spanien seit 2010 geschieht und bald auch in Deutschland? Es ist nichts anderes als die Zerschlagung des demokratischen Sozialstaats – und die eklatante Verletzung der Europäischen Grundrechtecharta. Griechenland, Spanien oder Portugal waren dabei erst der Anfang, quasi ein Experiment, wie ein Putsch ohne viel Widerstand durchgeführt werden kann. Diejenigen, die ihn in vielerlei Weise gefördert, wenn nicht sogar initiiert haben, die auf jeden Fall aber die Profiteure sind, finden sich unter anderem an den sogenannten Runden Tischen, von denen es viele gibt. Beispielsweise den *European Round Table of Industrialists* oder den *European Financial Services Round Table*. Und wahrscheinlich hat noch nie jemand vom *Entrepreneurs' Roundtable* mit Sitz in Zürich und Berlin gehört oder gelesen. Das ist ein ebenso exklusiver wie verschwiegener Männerbund (Frauen sind nicht zugelassen), und für eine Mitgliedschaft müssen die Unternehmer oder Banker einen jährlichen Gesamtumsatz von mindestens 500 Millionen Euro vorweisen. Kurioserweise muss man sich dort duzen und darf bei den Treffen keine Krawatte tragen. Der Kodex: absolute Verschwiegenheit darüber, wer dazugehört und was sich bei den Treffen abspielt. Dieser *Entrepreneurs' Roundtable* sei »mächtiger als viele Politiker«, berichtet ein Insider, der sich von mir eine Verschwiegenheitsvereinbarung unterschreiben ließ, bevor er aus dem Nähkästchen

plauderte. »Es darf niemand erfahren, wer ich bin, und es darf keine Hinweise auf mich geben.« Ansonsten sei eine Strafzahlung von 50.000 Euro fällig.

Nicht dass er Angst habe, aber seine erfolgreiche Karriere wäre dann wohl am Ende. Er weiß, wovon er spricht, unterhält er doch enge persönliche Kontakte zu den Mitgliedern in Deutschland wie in der Schweiz. »Mitglieder sind die Spitzen der Wirtschaft, Banken und Medien, davon etwa die Hälfte Vorstandsvorsitzende, Konzernleitungsmitglieder und Verwaltungsräte börsennotierter nationaler wie internationaler Konzerne. Sie sind unantastbar, haben einen Freibrief«, weiß der Insider zu berichten. In der deutschen Presse findet man über den *Entrepreneurs' Roundtable* kein einziges Wort. Doch dazu später mehr, auch über andere Round Tables, die so unschuldig klingen, obwohl sie maßgeblich die europäische und deutsche Politik beeinflussen oder sogar bestimmen – und alles andere als die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren.

Was mit dem Putsch sowie mit den intransparenten Eliteklubs unmittelbar zusammenhängt, ist die bislang ungelöste sogenannte Finanz- beziehungsweise Eurokrise. Eigentlich sollte es überflüssig sein, überhaupt noch über Rettungsschirme oder Schuldenbremsen zu schreiben. Seit Jahren werden wir mit entsprechenden Nachrichten überschüttet – und sind trotz aller klugen Bücher, informativen Fernsehsendungen und banalen Talkshows so ahnungslos wie zuvor. Die Erkenntnisse, die uns Experten mit wichtiger Miene präsentierten, bieten ein Minimum an gesellschaftlichen und politischen Analysen und Hintergründen. Anscheinend glaubt die regierende Elite, dass die Bürger moralisch und geistig taub sind und sich von Mythen, Lügen und Illusionen einfangen lassen. Warum werden wir über die Profiteure der Eurokrise nicht wahrheitsgemäß informiert, sondern mit hohlen Satz-

bausteinen ruhiggestellt? Warum wird nicht darüber gesprochen, dass die Regierenden der am Finanztropf hängenden europäischen Staaten und die deutschen beziehungsweise europäischen politischen und wirtschaftlichen Eliten Komplizen sind? Könnte es vielleicht sein, dass Schulden inzwischen fast so werthaltig sind wie Gold, weil die Gläubiger – Banken, Hedgefonds und multinationale Konzerne – dadurch Macht über die südlichen Krisenländer und deren Ressourcen ausüben können? In welche unterirdischen Kanäle strömten eigentlich die Milliardengelder der EU, wer profitierte und wer nicht, und warum wurde das von den ansonsten geizigen Geldgebern akzeptiert? Fragen über Fragen, auf die uns bislang keine schlüssigen Antworten gegeben wurden. Ich will es im Folgenden versuchen.

Auch lohnt es sich, einmal über die schillernde Vergangenheit des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, oder des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, nachzudenken, und insbesondere darüber, welche Interessen sie eigentlich vertreten. Als konservativer portugiesischer Regierungschef in den Jahren 2002 bis 2004 war José Manuel Barroso in jeder Beziehung politisch mitverantwortlich für das flächendeckende System der Korruption, das eine wesentliche Ursache der heutigen Schuldenkrise Portugals ist, wie die Organisation *Associação Cívica Transparência e Integridade*, die portugiesische Dependance der Antikorruptionsorganisation *Transparency International* feststellt.

Dass Barroso und seine Ehefrau im August 2004 auf Kosten des reichsten griechischen Reeders und Bankers, Spiros Latsis, auf dessen Luxusjacht *Alexander* in der noch blauen Ägäis schipperten, scheint vergessen. Der Freund habe ihn rein privat eingeladen, ließ Barroso erklären, als der Vorgang bekannt wurde. Sein Freund verfügte über ein Vermögen von 6 Milliarden US-Dollar.<sup>7</sup>

Im November 2009 wurde Barroso zum Präsidenten der Europäischen Kommission ernannt. Die Bank des Milliardärs Spiros Latsis erhielt im Sommer 2012 insgesamt 4,2 Milliarden Finanzhilfen vom europäischen Steuerzahler. »Jetzt konzentriert sich die Bank auf das Private-Banking-Geschäft mit Filialen in Gibraltar, Dubai, Liechtenstein und auf den Caymaninseln.«<sup>8</sup> Man nennt diese Länder Steuerparadiese.

Und schließlich: Fragen wir uns in Deutschland eigentlich überhaupt noch, was wir an sozialer und kultureller Kreativität von Menschen erwarten können, die seit Jahren existentielle Einschränkungen in ihrem Leben hinnehmen müssen? Menschen, deren vielfältige Talente bei der Aussicht auf lebenslange Erwerbslosigkeit oder prekäre Arbeitsverhältnisse ungenutzt bleiben und die den Glauben an die Demokratie verloren haben? Werden sie sich wie Lämmer zur Schlachtbank führen lassen? Sie werden es nicht. Die massenhaften Demonstrationen gegen die Troika, ob in Athen, Madrid, Rom, Lissabon und selbst in Frankfurt am Main oder Berlin sprechen eine andere Sprache.

Trotzdem herrscht zumindest in Deutschland eine lähmende Gleichgültigkeit gegenüber dem systematischen Abbau des demokratischen Sozialstaats, der Prekarisierung der gesamten Gesellschaft. »Jeder Einzelne von uns weiß, fühlt, begreift sich als potentiell arbeitslos, potentiell prekär beschäftigt, potentiell auf Teilzeit-, Termin- oder Gelegenheitsjobs angewiesen.« Das schrieb bereits im Jahr 2000 der französische Sozialphilosoph André Gorz. »Aber was jeder und jede Einzelne weiß, wird noch lange nicht zum allgemeinen Wissen über unsere gemeinsame Lage. Vielmehr setzt der herrschende öffentliche Diskurs alles ein, um uns unsere gemeinsame Lage zu verschleiern, zu verhindern, dass wir die Prekarisierung unserer Erwerbsverläufe als ein gesellschaftlich verursachtes Risiko erkennen, das uns alle als Angehörige

ge dieser Gesellschaft betrifft.«<sup>9</sup> Man sollte doch endlich einmal begreifen, sagt Professor Oliver Marchart, dass »Prekarisierung nicht eine kleine Gruppe von Abgehängten oder Ausgeschlossenen betrifft, sondern nahezu alle. Das heißt: Prekarisierung ist ein Phänomen von gesamtgesellschaftlicher Tragweite.«<sup>10</sup> Ähnlich sieht es Bernadette Ségol, die Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbunds ETUC in Brüssel: »Das europäische Sozialmodell, das wir erreicht hatten, wird zerstört. Früher oder später wird diese Entwicklung auch die Länder erreichen, die heute noch keine Probleme haben, wie etwa Deutschland. Durch die billigen Löhne, die jetzt im Süden durchgesetzt werden, entsteht für die Länder, die noch nicht betroffen sind, ein großer Druck auf Löhne und soziale Bedingungen.«<sup>11</sup>

Es wird also in Deutschland Zeit zu begreifen, dass die Durchsetzung einer zentral gelenkten, neoliberalen Ordnungspolitik, das Ziel des stillen Putsches, das Schicksal aller in Europa lebenden Menschen verbindet, auch wenn in Deutschland die anhaltenden massiven Proteste in den verschiedenen europäischen Städten gegen die erlebten sozialen Konsequenzen des Putsches allenfalls am Rande wahrgenommen werden. Ist das ein Ausdruck emotionaler und politischer Blindheit? Die meisten deutschen Bürger scheinen doch tatsächlich zu glauben, dass das, was da außerhalb der schwarz-rot-goldenen Grenzen geschieht, mit ihnen nichts zu tun habe. Ein fataler Irrtum.

# DER STILLE PUTSCH

Laut Duden ist der Putsch ein politischer Umsturz. Zumindest in Europa müssen Putsche nicht mehr von Militärs ausgeführt werden, den klassischen Marionetten bedrohter konservativ-reaktionärer Eliten wie zum Beispiel in den Sechzigerjahren in Griechenland. Heute geschieht der Umsturz geräuschlos und schleichend, ohne dass dröhnende Panzer vor den Parlamenten und Fernsehstationen auffahren, ohne eine Soldateska, die Oppositionelle in finstere Kerker wirft und foltert.

Ist das nicht alles nur eine krude Verschwörungstheorie, leben wir nicht in einem Europa mit demokratisch legitimierten Regierungen?

Zur Erinnerung: Der aus dem antiken Griechenland stammende Begriff der Demokratie bedeutet nichts anderes als die Herrschaft des Volkes. Das heißt, dass die Staatsgewalt von den Bürgern ausgehen sollte – so definierte es einst zumindest der griechische Staatsmann Perikles im 5. Jahrhundert v. Chr. Bereits damals klagte sein Kritiker, der Philosoph Plutarch, dass Perikles sich durch »die Verteilung öffentlicher Gelder Vorteile verschafft habe: ›So bestach er gar bald den Pöbel durch Schauspielgelder, Gerichtsgelder und andere Belohnungen und Schenkungen.«<sup>12</sup>

Diese Aussage ist insofern erwähnenswert, weil sich in diesem Punkt bis zum heutigen Tag (nicht nur in Griechenland) wenig geändert hat – abgesehen davon, dass heute nicht der Pöbel bestochen wird, sondern eine systemische Kultur der Korruption, die Spitzen der Wirtschaft und Politik in vielen europäischen Ländern prägt. Das wäre dann der zeitgemäße Pöbel.

Inzwischen scheint selbst das edle Prinzip Demokratie überflüssig zu sein. Das zeigt die Diskussion um den Abbau der Schuldenberge in Höhe von mehreren 100 Milliarden Euro sowohl in Deutschland wie in anderen europäischen Staaten. Wer tatsächlich für diese Schulden verantwortlich ist, wer sie als Erpressungsinstrument funktionalisiert und wer davon profitiert, eben die nationale sowie die europäische Machtelite, das dürfen wir europäischen Bürger nicht erfahren. »Eine Handvoll internationaler Banken, Ratingagenturen, Investmentfonds – eine globale Konzentration des Finanzkapitals ohne historischen Vergleich – möchte in Europa und der Welt die Macht an sich reißen. Sie bereitet sich auf eine Beseitigung der Staaten und unserer Demokratie vor, indem sie die Waffe der Schulden nutzt, um die Völker Europas zu versklaven und anstelle der unvollständigen Demokratie, in der wir leben, eine Diktatur des Geldes und der Banken zu errichten.« Das schrieben im Oktober 2011 der weltbekannte griechische Sänger Mikis Theodorakis (\*1925), der einst gegen die Militärjunta opponierte und ins Ausland flüchten musste, und Manolis Glezos (\*1922), der schon gegen die Nazis in den Vierzigerjahren Widerstand leistete, als sie Griechenland besetzten, und der dann ebenfalls die Militärjunta Ende der Sechzigerjahre bekämpfte. Übertreiben die beiden alten Ikonen des Widerstands?

Von Louis Brandeis, dem berühmtesten und kritischsten Richter in der Geschichte des US-amerikanischen Supreme

Court, stammt die Aussage: »Wir müssen wählen. Wir können eine Demokratie haben, oder wir können eine Konzentration von Reichtümern in den Händen einiger weniger haben, aber wir können nicht beides haben.«<sup>13</sup> Er war von 1916 bis 1939 Richter am höchsten US-Gericht und bezog seine Aussage auf die USA. Die Konzentration der Reichtümer in den Händen einiger weniger ist im 21. Jahrhundert durch die Globalisierung nicht geringer geworden, im Gegenteil.

Heute besitzen 63.000 Menschen (davon 14.000 in Europa) jeweils mehr als 100 Millionen Dollar und verfügen zusammen über ein Vermögen von 39.900 Milliarden Dollar.<sup>14</sup> Weil diese Besitzverhältnisse stabilisiert und geschützt werden müssen, ist »Europa heute mehr denn je ein Elitenprojekt«, das zwangsläufig zur »galoppierenden Entdemokratisierung des europäischen Staatensystems«<sup>15</sup> führen muss. Das sagt Professor Wolfgang Streeck, der geschäftsführende Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Er steht mit seiner Analyse nicht alleine und ist sogar eher zurückhaltend im Vergleich zu dem, was Wolfgang Hetzer schreibt: »Die Politik hat in zahlreichen Staaten ihre Unabhängigkeit gegen die eigensüchtigen Pseudowahrheiten der Bankenoligarchie eingetauscht. Die bereits in einigen Ländern eingesetzten ›Expertenregierungen‹ sind Vorformen eines Ausnahmezustandes, aus dem mittlerweile selbst demokratische Wahlen nicht mehr ohne weiteres herausführen.«<sup>16</sup> Der Jurist Wolfgang Hetzer war ein hoher Beamter im Bundeskanzleramt und später Berater des damaligen Generaldirektors des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), Franz-Hermann Brüner. Der Begriff Experten- oder Technokratenregierung wurde in den letzten Jahren gerne benutzt, um vorzugaukeln, sie seien unabhängig und daher die Lösung für jene Länder, in denen die Parlamentarier nicht parieren. Doch mit dem Begriff der Experten- oder Techno-

kratenregierung wird lediglich »verschleiert, dass es sich in Wirklichkeit um eine Regierung der Banker handelt.«<sup>17</sup>

Offen sprechen sich inzwischen einflussreiche politische Thinktanks, Denkfabriken, für weniger Demokratie aus. Nathan Gardels ist zweifellos der wichtigste Berater des *Berggruen Institute on Governance*.<sup>18</sup> Er sieht »in den neuen technokratischen Regierungen einen Gegenentwurf zur Demokratie, von dem ›wir alle‹ profitieren könnten«.<sup>19</sup>

Das *Berggruen Institute* hat es sich zur lobenswerten Aufgabe gemacht, »neue Ideen für gute Regierungsführung« zu entwickeln. Bei einer Veranstaltung dieser Denkfabrik in Paris am 28. Mai 2013 waren unter anderem anwesend: der deutsche und französische Finanzminister, die deutsche Bundesministerin für Arbeit und Soziales, der Präsident der Europäischen Investitionsbank sowie der Präsident des Europäischen Parlaments.<sup>20</sup> Und mitten unter ihnen, häufig lächelnd, Nicolas Berggruen, der Finanzier dieser Denkfabrik. Sie liefert ihm die Erkenntnisse, die seinen Vorstellungen und politischen Wünschen entsprechen und die, wenn es nach ihm ginge, in praktische Politik umgesetzt werden sollten. Der Milliardär Berggruen ist in jeder Beziehung ein Investor. »Die Gründung von Thinktanks, unterstützt und finanziert durch die Unternehmen, die Eroberung gewisser Bereiche der Medien und schließlich die Bekehrung vieler Intellektueller zu neoliberalen Anschauungen – all dies trug zu einem Meinungsklima bei, in dem der Neoliberalismus als einziger Garant der Freiheit galt. Vollends abgesichert wurde dieser Prozess durch die Eroberung der politischen Parteien und am Ende der staatlichen Macht.«<sup>21</sup>

Andere wiederum fordern kühn die Aufhebung der nationalen Souveränität, sollten die nationalen europäischen Parlamente und Regierungen sich den Anweisungen demo-

kratisch nicht legitimer Institutionen widersetzen. Zum Beispiel ginge für den Fall, dass sich ein nationales Parlament nicht an die von der Europäischen Union geforderten Haushaltsregeln halten würde, die »nationale Souveränität automatisch in dem Ausmaß auf die europäische Ebene über, dass dadurch die Einhaltung der Ziele zu gewährleisten« ist. Das forderte Bundesbankpräsident Jens Weidmann am 14. Juni 2012. »Denkbar wäre zum Beispiel das Recht, Steuererhöhungen oder proportionale Ausgabenkürzungen vornehmen – und nicht bloß verlangen – zu können ... auch wenn sich hierfür keine Mehrheiten in dem jeweiligen nationalen Parlament finden sollten.«<sup>22</sup> Übersetzt bedeutet das nichts anderes, als dass die demokratisch gewählten Parlamente in diesen Ländern nichts mehr zu sagen haben. Der Bundesbankpräsident ist kein rechtspopulistischer Fanatiker, sondern war zuvor Leiter der Abteilung IV (Wirtschafts- und Finanzpolitik) im Bundeskanzleramt unter Angela Merkel.

Zu den politischen Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung gehört die konsequente Durchsetzung der Politik eines autoritären Neoliberalismus. Wobei nicht die Ideologie selbst verantwortlich ist, sondern die Politiker, die sich einzig und allein an dieser von machtvollen Interessengruppen diktierten Ideologie orientieren. Haushaltskonsolidierung ist letztlich nur ein Vorwand, um die »Wettbewerbsfähigkeit« aller europäischen Länder auf dem globalen Markt zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist unter anderem die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen in Verbindung mit Lohnsenkungen, Abbau von Arbeitnehmerrechten, Schwächung der Gewerkschaften, Rentenkürzungen und »flexibler« Beschäftigung nach Art der Tagelöhner – die Blaupause der vom damaligen SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder durchgesetzten Agenda 2010.

In Deutschland hat diese Politik zu Millionen prekärer Arbeitsverhältnisse (Minijobs, Zeitarbeit, Werkverträge) mit Niedriglöhnen geführt und Arbeitslose gedemütigt, entwürdigt und in die Rolle von Wanderarbeitern gedrängt. Gleichzeitig wird die auch in Deutschland gestiegene öffentliche Verschuldung »aller Voraussicht nach in den kommenden Jahren die Entwicklung des öffentlichen Diensts und dessen Arbeitsbeziehungen prägen. Öffentliche Verschuldung und gewollte Austerity-Politik, so steht zu erwarten, werden gravierende Folgen für die Arbeitsbedingungen und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes haben.«<sup>23</sup> Und all das soll nun als Erfolgsmodell in Europa umgesetzt werden?

Was sich hinter diesem Erfolgsmodell versteckt, sprach am 23. September 2013 die mit großer Zustimmung wiedergewählte Bundeskanzlerin Angela Merkel offen aus, und zwar auf der CDU-Presskonferenz in Berlin. Angela Merkel redete über »Europa als Wertegemeinschaft«: »Es geht um Wettbewerbsfähigkeit, um das Vertrauen der Investoren in Europa.« Dabei scheint es gleichgültig, welche gesellschaftlichen und sozialen Errungenschaften bislang in den verschiedenen europäischen Ländern erkämpft wurden und welche kulturellen Schätze diese Länder auszeichnen.

Das Hauptquartier der *International Trade Union Confederation* (ITUC) ist in einer kühlen, seelenlosen Hochhäuser-schlucht zu finden, dem Boulevard du Roi Albert II. in Brüssel. Das ist weit entfernt vom Zentrum, wo die Europäische Kommission und das Europäische Parlament von einer gewaltigen Lobbyindustrie eingekesselt werden. Die ITUC repräsentiert weltweit rund 175 Millionen Arbeitnehmer in über 300 mit ihr verbundenen nationalen Gewerkschaftsorganisationen, unter anderem dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Im vierten Stock der ITUC arbeitet das Forschungsinstitut *ETUI* des Europäischen Gewerkschaftsbunds, mitfinanziert von der Europäischen Union. Direktor der Abteilung für Bildung ist der 61-jährige Portugiese Ulisses Garrido, Gewerkschafter seit 1980. Er sollte beurteilen können, ob man tatsächlich von einem Putsch sprechen kann oder ob das nicht eine Verschwörungstheorie ist.

»Das ist keine Verschwörungstheorie! Für mich ist es ein Putsch. Warum sage ich das so eindeutig? Weil es die Synthese dessen ist, was wir hier in Europa erleben, eine Attacke auf den Sozialstaat. Was erreicht werden soll, ist eine komplette Veränderung der Gesellschaft, ohne dass die Bevölkerung darüber mitentscheiden kann. Es ist eine ideologische Revolution, eine stiller Putsch – zweifellos.«

Wolfgang Hetzer schreibt in der *Kriminalistik*, einer Fachzeitschrift für kriminalistische Wissenschaft und Praxis »Man könnte sogar fragen, ob sich im Bereich der modernen Finanzmarktgesetzgebung eine arbeitsteilige Kultur des kalten Staatsstreichs und des permanenten Hochverrats etabliert hat, in der nicht zu erkennen ist, ob eine Regierung und die Finanzindustrie im Bedarfsfall als Anstifter, Beihelfer oder Mittäter agieren.«<sup>24</sup>

Francisco Louçã ist Professor am wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Technischen Universität Lissabon und war unter anderem Gastprofessor in Deutschland, der Schweiz und den USA. »Der stille Putsch ist ein Modell für die allgemeine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, für die Zerstörung des Wohlfahrtsstaates und für die Einführung eines neuen sozialen Regimes, der Prekarisierung qualifizierter Arbeit. Also ein Putsch gegen den demokratischen Sozialstaat.«

London, 22. November 2012. Im Vorlesungssaal BN01 der renommierten Birkbeck-Universität diskutieren hochkaräti-

ge Wissenschaftler aus Portugal, Italien, Griechenland und Spanien über »Südeuropäische Krise und Widerstand«. Einer der Referenten ist der Grieche Costas Douzinas, Professor für Rechtswissenschaften in London. Er sagt unter anderem: »Griechenland ist die Zukunft von Europa.« Ihm zufolge benutzen die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) Griechenland als »Versuchskaninchen, um zu testen, wie der Sozialabbau in ganz Europa in Zeiten der Krise umgesetzt werden kann«. Auf der gleichen Konferenz spricht Bonaventura de Sousa Santos, Professor für Soziologie und Direktor des Zentrums für soziale Studien an der portugiesischen Coimbra-Universität. Er sieht eine von langer Hand geplante Strategie, den Wohlfahrtsstaat zu demontieren, den die Konservativen in Europa noch nie haben wollten. Jetzt würde dieser Plan nicht nur in Griechenland, Portugal oder Spanien umgesetzt, sondern in ganz Europa.

Thorsten Schulten ist Referent für Arbeits- und Tarifpolitik in Europa beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Er sagt, dass sich »in absehbarer Zeit die mit der Troika gemachten Erfahrungen auf die EU insgesamt übertragen könnten. Obwohl der EU-Vertrag Kompetenz der EU im Bereich der Lohnpolitik explizit ausschließt, ist letztere heute ein fester Bestandteil der europäischen Wirtschaftspolitik geworden.«<sup>25</sup> Ähnlich sieht es die deutsche Industriegewerkschaft IG Metall und bezieht sich dabei auf die Situation in Spanien. Der IG-Metall-Vorstand betrachtet Südeuropa als Testlabor für arbeitnehmerrechtsfreie Zonen. »Die spanische Regierung nutzt – auch auf Druck von EU-Kommission, IWF und EZB – die Krise, um Arbeitnehmerrechte abzubauen und die Macht der Gewerkschaften zu brechen. In den Angriffen auf Arbeitnehmerrechte in Ländern wie Spanien sehen viele einen Testlauf. Einen Testlauf für ein Europa, in dem Beschäf-

tigte keine Rechte haben, sondern als Lohnsklaven von Unternehmen angefordert und abbestellt werden können.«<sup>26</sup>

Theodora Oikonomides, 45 Jahre alt, wurde in Kanada geboren. Dorthin waren ihre Eltern geflohen, als sie während der Zeit der Militärjunta in Griechenland politisch verfolgt wurden und ihnen Gefängnis drohte. Nach dem Ende der Junta-Diktatur im Jahr 1974 kehrten sie nach Griechenland zurück. Sie waren überzeugt, dass etwas wie diese Machtübernahme durch rechte Putschisten nie wieder vorkommen würde. Theodora Oikonomides studierte Pädagogik und ging nach ihrer Ausbildung als Lehrerin zehn Jahre nach Afrika, um dort für humanitäre Einrichtungen zu arbeiten. Als sie vor einigen Jahren nach Athen zurückkam, forschte sie als Publizistin über die Verbindung der griechischen Polizei zu den griechischen Rechtsextremisten. Ist es nur eine Theorie, dass Griechenland ein Modell für alle anderen europäischen Staaten ist, will ich von ihr wissen. »Leider ist das keine Theorie. Vielleicht wird dieses Modell nicht in dem Umfang wie bei uns in Griechenland in anderen europäischen Ländern umgesetzt, doch als ökonomisches Modell wird es überall implementiert werden. Es ist ein Modell für weniger Demokratie, denn dieser aggressive Neoliberalismus ist mit dem Standard der europäischen Demokratie nicht kompatibel. Das hat nirgendwo in der Welt funktioniert. Ich habe in Afrika gearbeitet und die Arbeit des IWF erlebt. Sie konnten ihr Programm nur durchsetzen, weil in den entsprechenden Ländern Diktaturen herrschten und sie die Leute erschossen, die gegen diese neoliberale Politik protestierten.«

Michas Zacharias arbeitete als strategischer und internationaler Sicherheitsanalyst für das Athener *Defence Analysis Institute* (DAI), das dem griechischen Verteidigungsministerium angeschlossen ist. Heute ist er Direktor des *Security & Defence Analysis Institute* (i-sda) in Athen, das im Stadtteil

mit dem symbolträchtigen Namen Neo-Psychico liegt. In der Nähe befindet sich das griechische Verteidigungsministerium (Pentagon genannt), das größte und weitläufigste Ministerium des Landes. Zacharias sagt: »Viele Analysten gehen davon aus, dass es um die geopolitische und geoökonomische Kontrolle Griechenlands geht. Griechenland hat den Luxus, das Glück und Unglück zugleich, sich an einem sehr kritischen geografischen Punkt in der Welt zu befinden. Da sind die Interessen der Chinesen, die Griechenland als Einfallstor für Europa benutzen wollen, oder der Konflikt um Erdöl zwischen Russland und den USA. Das heißt, es gibt ein System der Konkurrenz. Die großen Länder wie Deutschland, Russland und USA möchten hier ihre Wirtschaftsinteressen global sichern.«

Athanasios E. Drougos, Dozent für Verteidigung und Bekämpfung asymmetrischer Bedrohungen in verschiedenen griechischen Militärakademien, ist es wichtig, im Gespräch darauf hinzuweisen, dass er sich häufig bei seinen Freunden in München aufhalte. »Mein Land ist während der letzten vier Jahre ein Testgelände dafür geworden, wie und ob die Methoden der Sparpakete umgesetzt werden können.« Er spricht von einem anhaltenden Wirtschaftskrieg gegen Griechenland: »Die griechischen Politiker sind leider nur Handlanger verschiedener Interessen des Nordens.«

Der 41-jährige Andreas Banoutsos war Direktor der Vereinigung griechischer Industrieller in Athen und Ex-Regierungsberater. Ich erzähle ihm vom Titel des geplanten Buches, *Der stille Putsch*, und fragt ihn, ob er ihn übertrieben findet. »Nein«, sagt er, »ich stimme Ihnen zu. Wir haben hier ein System des Nepotismus. Die reichen Leute wurden seit der Krise reicher, sie profitieren von der Situation. Ich neige wirklich nicht zu konspirativen Erklärungen. Aber all das, was geschah, ist in Wirklichkeit keine reale Krise, sondern

eine Krise, die durch eine bestimmte Elite provoziert wurde, um durch die Armut der anderen Menschen mächtiger und noch reicher zu werden.« In der seriösen griechischen Presse, erzählt er dann weiter, werde häufig über die Theorie geschrieben, dass die politische Führung in Deutschland besonders eng mit der Elite des westlichen Bankensystems verbunden sei. Es sei in ihrem Interesse, dass die südlichen europäischen Länder verarmen, damit dort für besonders niedrige Löhne produziert werden könne, ohne auf China oder andere asiatische Staaten angewiesen zu sein.

Was er von dieser Theorie halte, frage ich ihn. »Ja, das ist das Motiv, das dahintersteckt. Das ist das, was hinter diesem strategischen Plan des westlichen Bankenkapitals steht. Ich glaube, dass das deutsche Kapital eine Art Vision von Südeuropa hat: Statt dass die deutschen Konzerne nach China oder in andere Länder des Fernen Ostens übersiedeln, werden die Bedingungen geschaffen, dass sie hier billig produzieren oder Unternehmen kaufen können.«

## Wen repräsentiert die Troika? Die Putschisten

Troika – das ist ein harmlos technokratisch klingendes Wort. Tatsächlich ist dieses Gremium, das aus Vertretern der EU-Kommission, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB) besteht, ein politökonomisches Machtkartell, das von mächtigen Finanzinstitutionen und den Netzwerken der Machtelite beziehungsweise deren politischen Vollstreckern nicht nur ideologisch befruchtet wird. Will man erfahren, welche Interessen die Troika umsetzt, genügt ein Blick nach Portugal. Hinter vorgehaltener Hand erzählte mir eine ehemalige Repräsentantin

der Europäischen Kommission in Lissabon, dass das Programm der Troika eigentlich nur das ist, was die konservative portugiesische Regierung selbst lange gefordert hatte, politisch jedoch nicht durchsetzen konnte: radikaler Sozialabbau und die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten. Der Gewerkschafter Ulisses Garrido meint dazu: »Ist das, was uns dargeboten wird, wirklich ein Programm der Troika? Nein, es ist ein Programm der rechten Parteien und der Unternehmer in Portugal. Als die Troika zum ersten Mal nach Lissabon kam, hatte sie bereits einen sehr konkreten Plan mit klaren Entscheidungen und klaren Maßnahmen. Wie ist es möglich, dass die EZB, die EU und der IWF innerhalb von zwei Wochen einen so konkreten Plan ausarbeiten konnten? Die Schlüsselperson, die damals für die Verhandlungen mit der Troika aus Brüssel verantwortlich war, ist Eduardo Catroga.«

Der Ex-Finanzminister und Manager war im Jahr 2011 die rechte Hand von Pedro Passos Coelho, dem bei den Wahlen im Juni 2011 siegreichen Vorsitzenden der konservativen *Partido Social Democrata* (PSD). Die bislang regierenden Sozialisten der *Partido Socialista* (PS) hatten in großem Umfang Stimmen verloren. Pedro Passos Coelho's PSD übernahm daraufhin, zusammen mit der rechtskonservativen *Centro Democrático e Social – Partido Popular* (CDS/PP), die Regierungsverantwortung. Eduardo Catroga war nun zuständig für die Verhandlungen mit der Troika. »Er übergab der Troika alle Vorschläge, die die konservativen und rechten Parteien in der Vergangenheit in Portugal nicht durchsetzen konnten«, so Ulisses Garrido. Gegenüber den Bürgern habe die Regierung versprochen, die radikalen Auflagen abzulehnen. »Doch Sie werden feststellen, dass die Vorschläge der konservativen Parteien aus der Vergangenheit nun fast ausnahmslos in den Bestimmungen der Troika enthalten sind. Das war ihr Sieg.« Und Garrido wäre nicht überrascht, hätte Eduardo

Catroga selbst mehrfach bei den Troikabeauftragten in Lissabon und Brüssel angerufen und gesagt: »Ich habe das vergessen und das vergessen, das muss noch hinein.«

Seit Anfang 2013 ist Eduardo Catroga Vorstandschef des mächtigen Energiekonzerns EDP. Das einst staatliche Unternehmen wurde zur Sanierung des Staatshaushalts (eine der zentralen Bedingungen der Troika zur Auszahlung von Finanzhilfen) im Jahr 2011 privatisiert und an ein chinesisches Unternehmen verkauft. Catrogas Jahresgehalt dort beträgt nach portugiesischen Medienberichten 639.000 Euro.<sup>27</sup> Beteiligt ist er zudem an weiteren Unternehmen mit Tochterfirmen in Brüssel und Madrid.

Das führt zu der großen Frage, wem die wichtigsten Männer der Troika tatsächlich dienen. Da ist zum Beispiel der 50-jährige stellvertretende portugiesische Premierminister Paulo Portas. Er ist seit Spätsommer 2013 Koordinator für die Troikaverhandlungen und gehört der rechtskonservativen CDS-PP an. Paulo Portas ist der Prototyp des machthungrigen, von wenig Skrupeln belasteten Politikers. Der regelmäßige Kirchgänger hat es weit gebracht. Er arbeitete in den Neunzigerjahren als Journalist für konservative Medien, hatte eine eigene Fernsehshow und wurde dann Ende der Neunziger Vorsitzender der rechtskonservativen CDS-PP. Als Verteidigungsminister sorgte er dafür, dass Maria Morgado, die engagierte Direktorin der Abteilung gegen Wirtschaftskriminalität bei der portugiesischen Polizei, entlassen wurde. Sie hatte nach eigenen Angaben einen Fall von Korruption untersucht, in den Paulo Portas verstrickt war.<sup>28</sup> Es folgten im Jahr 2005 Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit dem Kauf deutscher U-Boote. Als er sein Amt als Verteidigungsminister aufgab, kopierte er rund 61.000 vertrauliche Dokumente. Dies ließ den Verdacht aufkeimen, dass er mit diesem geheimen und teilweise kompromittieren-

den Material ein Machtinstrument in den Händen habe, doch entsprechende Untersuchungen im Jahr 2009 erbrachten keine Beweise gegen ihn. Dafür stieg er von da an immer weiter auf bis zum jetzt zweitmächtigsten Mann in der portugiesischen Regierung. Sein sauer verdientes Geld legt er übrigens sehr konservativ an. Portugiesische Medien berichteten Anfang September 2013, dass er 80 Millionen Euro bei der Deutschen Bank in Portugal deponiert habe.<sup>29</sup> Anfang Juli 2013 erklärte er, aus der Regierung und von seinem Posten als Außenminister zurückzutreten. Seine Entscheidung sei »unwiderruflich«. Vier Tage später war er stellvertretender Premierminister. Außerdem konnte er nach seinem »unwiderruflichen« Rücktritt durchsetzen, dass ein enger Freund von ihm das Ministerium für Wirtschaft, Landwirtschaft, Arbeit und Soziales erhielt. Paulo Portas, das ist für mich die personifizierte politische Korruption in Portugal.

## Ein Blick hinter die Kulissen: die bisherige Erfolgsbilanz der Putschisten

Lissabon, 16. September 2013. In der Nacht wurden an zentralen Plätzen Puppen an die Verkehrsampeln gehängt. Damit sollte der Troikaausschuss begrüßt werden, der nach Lissabon gekommen war, um neue Sparmaßnahmen einzufordern und die bisherigen Fortschritte zu überprüfen. Um den Hals trugen die Puppen ein großes Schild mit einem einzigen Wort: *Troiked*. Dieser neue Begriff beschreibt den Prozess, der jene Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die an der Schwelle der Zahlungsunfähigkeit stehen, zwingt, die öffentlichen Ausgaben durch Umstrukturierung und Reformierung zu kürzen. Im Gegenzug sichern sie Kredite, um die Liquidität

tät im Staatshaushalt zu sichern. Das heißt übersetzt, es muss so viel eingespart werden, bis entweder ein Wunder geschieht oder das Land ausgeblutet ist. Diejenigen, die die Puppen aufgehängt hatten, erklärten zu ihren Motiven: »Die Troika zerstört Schulen, Krankenhäuser und Kultur; sie erhöht die Zahl der Arbeitslosen; sie steigert die Verzweiflung und zwingt die Menschen zur Auswanderung, um zu überleben.«

Carla Prino ist 28 Jahre alt, Juristin, und weiß inzwischen ziemlich genau, was *Troiked* für ihre Generation bedeutet. Eine Generation, deren Lebensgefühl von der prominenten Musikband Deolinda in einem Lied beschrieben wird: »Was für eine bescheuerte Welt. Wo man, um Sklave zu sein, studiert haben muss.«

Carla Prino hat im Gegensatz zu Hunderttausenden junger Portugiesen Glück gehabt und nach langem Suchen einen Arbeitsplatz ergattert. Wo, will sie nicht sagen aus Angst, ge feuert zu werden. Denn die bestehenden Arbeitsschutzrechte wurden in Portugal inzwischen ausgehöhlt. Prinos Vertrag ist auf ein Jahr begrenzt ohne die Möglichkeit, danach weiterbeschäftigt zu werden. Sie wird dann arbeitslos sein ohne Arbeitslosenhilfe, ohne Krankenversicherung. »Die meisten meiner Freunde haben einen Arbeitsvertrag für sechs Monate oder höchstens ein Jahr. Und meine Wohnung gehört der Bank. Wenn ich die Raten nicht mehr zahlen kann, fliege ich raus. So geht es allen hier.« Viele müssen daher eine schein selbstständige Arbeit aufnehmen, dürften die Freiheit des Unternehmertums erleben. Dafür müssen sie Sozialversicherungsbeiträge für Selbstständige zahlen, und die wurden, auf Druck der Troika, auf 30,7 Prozent erhöht. Wer, was realistisch ist, gerade mal 500 Euro im Monat verdient, zahlt alleine 153,50 Euro in die Sozialversicherung ein.

Im September 2013 beschloss die Regierung, 13.000 Lehrer zu entlassen und die Klassenstärke auf mindestens 40 Schüler



Jürgen Roth

### **Der stille Putsch**

Wie eine geheime Elite aus Wirtschaft und Politik sich Europa und unser Land unter den Nagel reißt

Taschenbuch, Broschur, 320 Seiten, 11,8 x 18,7 cm  
ISBN: 978-3-453-60389-9

Heyne

Erscheinungstermin: Mai 2016

Seit Jahren steht Europa unter dem unbarmherzigen Diktat des eisernen Sparens. Nur dadurch sei die Krise zu überwinden und der Wohlstand zu sichern, behaupten Politik und Wirtschaft – und peitschen den Abbau von Demokratie und sozialer Sicherung durch: ein stiller Putsch gegen die europäischen Bürger. Bestsellerautor Jürgen Roth zeigt, wer die Putschisten sind, was sie bezwecken und wie wir uns dagegen wehren können – und müssen.